

**Anfrage zur schriftlichen Beantwortung E-002419/2026/rev.1
an die Kommission**

Artikel 144 der Geschäftsordnung

Katrin Langensiepen (Verts/ALE), Merja Kyllönen (The Left), Marie Toussaint (Verts/ALE), Jagna Marczulajtis-Walczak (PPE), Marc Angel (S&D), Kathleen Funchion (The Left), Sirpa Pietikäinen (PPE), Gabriella Gerzsenyi (PPE), Katarina Barley (S&D)

Betrifft: EU-finanzierte Reformen zur Deinstitutionalisierung in Rumänien und Einführung einer personenzentrierten Finanzierung

Die EU ist entschlossen, die Deinstitutionalisierung und ein selbstbestimmtes Leben im Rahmen der Europäischen Strategie zugunsten von Menschen mit Behinderungen 2021-2030 und der Leitlinien der Kommission für eine eigenständige Lebensführung für Menschen mit Behinderungen aus dem Jahr 2024 voranzubringen, mit denen der Übergang von der Betreuung in Institutionen zu gemeindenahen Diensten unterstützt wird.

Im Zusammenhang mit den von der EU finanzierten Reformen zur Deinstitutionalisierung in Rumänien, darunter das System PIRIS (Individuelles Programm für Rehabilitation und soziale Integration), bestehen ernsthafte Bedenken hinsichtlich einer mangelnden wirksamen Umsetzung auf lokaler Ebene.

Obwohl PIRIS darauf ausgelegt ist, eine personenzentrierte Finanzierung auf der Grundlage des individuellen Bedarfs zu gewährleisten, werden gemeindenahе, lizenzierte soziale Dienste in vielen Fällen nicht finanziert. Die Behörden stützen sich stattdessen auf Verfahren zur Vergabe öffentlicher Aufträge und führen als Begründung Haushaltszwänge an, was zum Ausschluss qualifizierter Anbieter und zu einer fortgesetzten Abhängigkeit von Systemen der Institutionalisierung bzw. von herkömmlichen Systemen führt.

Der deutsche gemeinnützige Verein agape e. V.¹ berichtet von Diskrepanzen zwischen der Gestaltung solcher Systeme und ihrer praktischen Umsetzung auf lokaler Ebene.

Dies steht im Widerspruch zu Artikel 19 des Übereinkommens der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen und dem Grundsatz, dass Mittel der EU die nationalen öffentlichen Ausgaben ergänzen und nicht ersetzen sollen.

1. Wie bewertet die Kommission die Vereinbarkeit der ausschreibungsbasierten Finanzierung mit dem System PIRIS?
2. Wie bewertet die Kommission die Verpflichtung der Behörden, Dienstleistungen zu finanzieren, sobald der Bedarf bestimmt ist?
3. Wie bewertet die Kommission das Risiko, dass EU-Mittel die nationalen Zuständigkeiten ersetzen, anstatt sie zu ergänzen?

Eingang: 11.6.2026

¹ Agape e.V., Memorandum on the Implementation of Community-Based Social Services in Romania in the Context of EU-Funded Deinstitutionalisation Policies (PIRIS) See also Agape e.V.: <https://agape-kinder.de/>.